



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbands vom 7. September 2007

AP 2011: Willen des Parlaments umsetzen!

Die Landwirtschaftskammer hat heute die Stellungnahme des Schweizerischen Bauernverbands zum ersten Verordnungspaket der AP 2011 verabschiedet. Sie fordert eine praxisgerechte Umsetzung der vom Parlament gemachten Vorgaben.

Die Landwirtschaftskammer, das Parlament des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV), hat heute die Stellungnahme der bäuerlichen Basis zum ersten Verordnungspaket der AP 2011 verabschiedet. Die Stellungnahme orientiert sich an den vom Parlament gesetzten Leitplanken.

Im Zentrum stehen die Grundsätze, dass die Nahrungsmittelproduktion nicht weiter geschwächt werden darf und dass das Problem der hohen Produktionskosten angegangen werden muss. Um die Kosten nicht zusätzlich in die Höhe zu treiben und die Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen, wehrt sich der SBV gegen eine flächendeckende Verschärfung der Auflagen beim ökologischen Leistungsnachweis. Anspruchsvolle Ziele im Bereich Ökologie und Tierwohl müssen über die Labelproduktion abgedeckt oder über Anreizprogramme erreicht werden. Die Landwirtschaft unterstützt deshalb auch gezielte Anreizprogramme.

Bei den Beiträgen für die Auslaufhaltung (RAUS) unterstützt der SBV grundsätzlich die Vorschläge des Bundes. Es soll unterschieden werden zwischen einem RAUS-Programm für den Auslauf auf Laufhof und auf der Weide wie dies für Masttiere heute bereits der Fall ist. Der SBV fordert jedoch, dass die Beiträge für die RAUS-Programme weniger stark gekürzt werden

Bei der Bio-Produktion spricht sich der SBV dafür aus, dass im Grundsatz der gesamte Betrieb biologisch bewirtschaftet werden muss. Bei den Dauerkulturen sollen wie vom Bundesrat vorgeschlagen Ausnahmen vom Prinzip der Gesamtbetrieblichkeit gewährt werden. Zudem soll beim Wein- und beim Obstbau parzellenweiser Biolandbau möglich sein. Mit dieser Haltung wurde ein Konsens zwischen SBV und BIO-Suisse gefunden.

Nicht zufrieden ist er auch mit der Kürzung der allgemeinen Flächenbeiträge auf 1080 Fr. pro Hektare. Sogar in der ursprünglichen Botschaft wurden 1'100 Fr. in Aussicht gestellt. Für die Landwirtschaft ist es unverständlich, dass der Bundesrat für 2008 Mittelkürzungen plant, nachdem das Parlament den Zahlungsrahmen erhöht hatte.

Rückfragen:

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Tel. 031 385 36 40, Mobile 079 219 32 33

*Martin Rufer, stv. Leiter Dep. Wirtschaft und Politik, Tel. 056 452 52 17, Mobile 078 803 45 54
www.sbv-usp.ch*